

Wortliche

Berlin



Zeitung

10 Pfennig

Begründet

1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Beslagsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Ercheinungswerte usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Veraprecht: Central-Office, Amt Dönhofs 3000-3060, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3000-3000, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheckkonto Berlin 660.

Disziplinarverfahren gegen Rössing eröffnet

Beschluß des Raumburger Senats

Durch Beschluß des Disziplinar-Senats des Oberlandesgerichts Raumburg vom 7. August ist gegen Landgerichtsrat Rössing in Magdeburg das Disziplinarverfahren eröffnet worden.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Söring, der in seiner amtlichen Eigenschaft als Oberpräsident der Provinz Sachsen die Entscheidung der Landgerichtsräte unterliegt aus der Rücksicht beabsichtigt hat, ist zu der Auffassung gekommen, daß die Handhabung der Justiz zu einer Gefahr für den Staat geworden sei. In einer Erklärung, die er der Presse überreichte, kommt er zu folgendem Schluß:

„Das Recht ist verloren, durch die Reaktion in der deutschen Justiz, wie deutschen Republikanismus das rechtslose Volk der Welt. Unter Aufsichtnahme mit diesen Hintergedanken muß das Recht widerrechtlich — in dieser Justiz bald und gründlich aufgedeckt werden. Ein harter Kampf steht den Republikanern...

dem Reichsbanner bevor. Wir werden ihn zu führen wissen, darauf können unsere Gegner sich verlassen. Prospektieren läßt sich trotz allem niemand von uns. Bann und wie der Kampf geführt wird, bestimmen wir. Jetzt ist unsere Partei mehr denn je. Jede der viele Republikaner hinein in die republikanischen Parteien, hinein ins Reichsbanner! Jetzt erst recht!

In diesem Zusammenhang deutet er an, daß er lieber auf sein Amt verzichten wolle, als auf den Kampf für seine Ueberzeugung. „Niemand“, so erklärt er, „ist es beider, frei von der amtlichen Belastung die politische Tätigkeit und die Führung des Reichsbanners soll in die Hand zu nehmen zum Nutzen der Republik, für die Republikanische Union, die Dr. Wirth kommen sieht, und die kommen wird und muß.“ Als die treibende Kraft der „Justizreform“, die Rössing vorlegt, bezeichnet Söring den Landgerichtsdirektor Hoffmann, den hiesigen Vertreter des Landesgerichtspräsidenten und Präsidenten der Reichsdisziplinarkammer im Bezirk Magdeburg. Abgesehen von der politischen Seite der Angelegenheit enthält Sörings Darstellung des Sachverhalts, die an anderer Stelle wiedergegeben wird, bemerkenswerte neue Tatsachen.

Mein „Justizskandal“!

Von Otto Höfning

Rechtsabwägler zum Reichstag, Mitglied des Preussischen Landtages

Die Rechtsprelle hat mich des Eingriffs in die Rechtsprelle beschuldigt, hat mich beschuldigt und verleumdet — ich habe geschwiegen! Warum? Einfach:

1. Weil ich in das schwebende Verfahren — wie meine politischen Gegner es getan haben — nicht eingreifen wollte und durfte.

2. Weil ich schweigen wollte und mußte, welcher Gemeinheit meine politischen Gegner fähig sind, wer sich unter diesen Wänden — der doch ununterbrochen zu erkennen wird in aller Breite teilen, wer auf einen unfaßlichen nur auf Angabe eines Wörtern in Satz genommenen Mann leschlagene würde, wer diesen traurigen Fall wieder politisch auszusprechen würde!

„Zeit, wo der Besorgung gefaßt ist, darf ich mir wohl erlauben — meine Gegner und Anwälte eines gemeinert Wärters werden doch gelassen? — das Wort zur rechtlichen Auffklärung zu nehmen.

Wem es ist selbstecht, daß ich den unfaßlichen insatierlichen Rudolf Saas bis zur Stunde, wo ich diese Worte schreibe, nicht kennen — nie gesehen habe, seinen Vater und Bruder habe ich erst nach der Inspektierung kennengelernt. Keiner von den Saas' ist Sozialdemokrat, keiner von ihnen gehört dem Reichsbanner an, keiner von ihnen hat mittel- oder unmittelbar Beziehungen dem Reichsbanner gegenüber.

Was habe ich nun mit dem jungen Saas zu tun? Als ich von der Beschaffung Rudolf Saas, der aus Frankfurt einer Anzeige wegen Steuerhinterziehung einen Wocher über einhundert Mark begangen haben soll, erfuhr, war ich mir nicht eine Minute darüber im Unklaren, daß diese Beschaffung entweder ein Wahllohn, oder ein Verbrechen, oder beides war. Nun bitte ich — in erster Linie die Herren Juristen und Kriminalisten — mir folgen zu wollen: ein Individuelle und Großkapitalmann begehrt Steuerhinterziehung, das hoch einig und allein nur mit Hilfe des Reichsanwalts der Beschaffung möglich; dadurch werden Mitarbeiter und möglicherweise kommende Erpreßer gefaßt.

Diese Steuerhinterziehung hat aber zur Folge, daß die ganze Bilanz gefaßt werden muß. Neues Verbrechen von neue Mitarbeiter, und die Gründung dieses neuen Verbrechen befaßt sich der Chef der Firma an der Einordnung eines dieser Mitarbeiter, und schafft damit wieder neue Mitarbeiter, jetzt für das alleinstimmige und gemeinliche Verbrechen. Aber ein solcher Fall kriminalistisch auch nur denker? Niemand! Denn er wird doch nur, wenn der Täter, in diesem Falle A. Saas, volendet gekonstruiert wird.

Da mir aber von mehreren sehr angelegenen Bürgern, unter anderen auch durch den Schwager des Inspektierten, den auch die Richter der Reichsanwaltschaft in meinem Freund Paul Creutz, der seit Jahren sich mit der Firma Saas überworfen hatte, mit allem Nachdruck verweigert wurde, daß der insatierliche Saas ein intelligenter, gewiß geländer und fröhlicher Mann ist, forderte ich nach, ob denn die Staatsverordnungen, nämlich die Gewerbesteuergesetzgebung und in welcher Weise, zutreffend und richtig ist. In dieser Klippe aber zerbrochen alles. Ich stellte fest, daß eine Finanzangelegenheit meist als einem Jahre bis das die Bürger resignieren. Aber kein Mensch, auch kein Reichsanwalts, das Finanzamt, nicht etwas von der Steuerhinterziehung der Firma Saas. Die Einleitung der Steuerhinterziehung, die Beschaffung von alle die Deputierten, Erpreßer und ähnliches ebenfalls bringen soll, steht aber — sehr zum Leidwesen dieser Vertriebenenleute des Kriminalkommissars Tenholt — noch aus.

Daneben kommt noch der Mordanschlag nicht in Betracht kommen. Es bleiben nur drei Möglichkeiten übrig:

1. Eine Denunziation der bereits angeordneten Erpreßer und dunkler „Schrenkminister“, die einen Nachsatz verhasst — auf den die Kriminalpolitik und der Unterlandungsrichter heringelassen hat, als ein Zufallsfall mit allen feinsten Folgen, die rechtlich nur aus ihnen zu erwarten sind.

2. Ein völkisch-nationalistisches Treiben gegen einen jüdischen Mitbürger mit dem Ziele der Beseitigung einer Person, wie im Falle Dr. Söller, oder

3. falls dieser Treid nicht gelang, die Konstitution eines Ritualmordes, den besonders die Wälfischen doch zu bringen brauchen und fuden.

Welche von den drei Annahmen auch eintreten würde, in jedem Falle handelte es sich um eine politische Angelegenheit, die alleinstellter Treid bevor, die ich — dazu bin ich als politischer Kenner der Staatsregierung verpflichtet — mit allen mir zu Gebote stehenden geistlichen Mitteln verhindern müßte. Weider fand mir ein Mittel zur Verfügung: die schnelle und rücksichtslose Aufklärung des Sachverhalts durch den höchsten Kriminalkommissar, den ich kennen und sofort erreichen konnte. Aber die Sache über den Fall war nicht abgeschlossen, die Frage wie angeordnet zu lösen, besprach ich ein-

Die Nationalversammlung tagt

Erste Tumultszenen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

1st Paris, 10. August

Wenn in den letzten Jahrzehnten die Nationalversammlung unauflösbar, so gelang dies jedoch, um ein neues Staatsverfassung zu wählen. Die historische Bedeutung des Ereignisses und was mit der Präsidentenwahl verbunden, dementsprechend hatten jedesmal Hunderttausende zum Bestehen gefloht. Insofern aber in der Pariser Gesellschaft gehörte es zum guten Ton, dabei gewesen zu sein. Zu dem traditionellen Frühstück im dem großen Versailles Hotel waren wochenlang vorher bereits alle Tische reserviert. Diesmal war das Interesse des Publikums recht gering. Nur dem Pariser Bahnhof, wo sonst, wenn in Versailles der Kongress tagt, den ganzen Tag ein geradezu kolossales Geschäftes herrscht, waren heute kaum ein paar Hundert Staatsgäste zu sehen.

Die von Paris nach der Röhnhald führenden Straßen, wo bei einer Präsidentenwahl Autos auf Autos rollen, war fast menschenleer. Während in den letzten Jahren gelegentlich der Wahl Picotés, Despres, Millerand und Doumergues jedesmal die gewaltige Place d'Armes schwarz von Menschen war, herrschte heute Ruhe. Militär und Polizei, die in Massen aufgestellt waren, kamen sich diesmal fast überflüssig vor. Wäns der Bahnhalle fanden, keine Ueberwagung, keine Schreie, keinen mit aufgeschreckten Haisern. Das Geschäft und seine Umgebung glich einem Stillenlager. Am Hof komierten Anstellungen zu Fuß und zu Pferde, und der wichtigste Dutz der Reichstagen füllte bald die zu Wandelgängen umgewandelten Galerien.

Auch im Eingangsaal wie das Bild harte Veränderungen gegen früher auf. Was ihm fehlte, war vor allem die Gänge nach dem großen Ovale, die es nicht für nötig gehalten hatte, um das Kongresses mitten den Aufenthalt in den modernen Wänsen oder in der Sommerfrische zu unterbrechen. Dagegen waren Senatoren und Abgeordnete zahlreicher erschienen, als man nach den letzten, vor fast letzten Wänsen abgehaltenen Sitzungen der Kammer erwartete hätte. Als der Präsident des Senats, de Selves, der nach dem Reglement auch den Vorsitz der Nationalversammlung führt, den Ganal betrat, war er bereits zu zwei Dritteln gefüllt.

Die kielische Stille, mit der seine Erklärung über die Rekonstitutionierung der Nationalversammlung angefangen wurde, war nur von kurzer Dauer. Der Sitzung des Präsidenten, die aus dem Jahre 1878 kommende Geschäftsordnung annehmen und sein Versehen, der Minderheit des Wort abzusprechen, ist den ersten Tumult aus dem Dore de Selves, der vom Senat her an feierliches Arbeiten gewöhnt ist,

nicht gewöhnt war. Sozialisten und Kommunisten führten mit ihren Redefäden einen inoffiziellen Wäns an.

Renoual protestiert mit Schärfe gegen den Versuch, die Minderheit zu fucheln. Seine Partei ist nicht nur Verfallenen gekommen, um die Reichsanwalts zu führen. Aber sie verlangt Respekt vor den verfassungsmäßigen Rechten. Von Sozialisten und Kommunisten wird eine ganze Reihe von Geschäftsordnungsanträgen eingebracht, die der Rede noch teils in einfacher, teils in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt werden. Ein Antrag Verdon, der sich gegen die Beschneidung der Tagesordnung auf die von der Regierung eingehende Vorlage richtet, wird mit 691 gegen 175 Stimmen abgelehnt.

Ein Antrag Morinaud, der bestimmt, daß zur Tagesordnung nur je ein Redner der Mehrheit und der Minderheit das Wort erhalten soll, wurde mit 516 gegen 347 Stimmen angenommen.

Endlich kommt Volcaire selbst zu Wort, um den von der Regierung gestellten Antrag zu verlesen, das Oeffen über die Stellung eines Amortisationsfonds und die dieser zugewiesenen Einnahmen durch Einföhrung in die Beschaffung mit den von der Mehrheit von Kammer und Senat erforderlichen gehaltenen konstitutionellen Garantien zu umgeben.

Die Konstitutionierung der Jöglidischen Kommission, die nach dem Reglement den Oeffenstwurf vorbereiten hat, gibt erneut Anlaß zu zahlreichen Geschäftsordnungsanträgen und einer unerföhrten Debatte, der erst gegen Mittag Bonneau mit einem Antrag, wäns die beiden Finanzkommissionen von Kammer und Senat die Mehrheit aus ihrer Mitte heraus ernennen sollen, ein Ende macht.

Die Sitzung wurde darauf bis 3 Uhr vertagt, um der Kommission Zeit zur Beratung des Oeffenstwurfes zu lassen.

Die Rheinlandsbefragung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

* Paris, 10. August

Zu dem Memorandum, das Mitglied der deutsche Vorkörper in Paris in der Frage des Verbleibens der Befragungsurteil im Rheinland Strand überreicht hat, weiß der „Matin“ zu melden, daß der französische Außenminister Briand, a. Vorgesand beantwortet habe; die französische Regierung ist bereit, dem Wunsch der Reichsregierung entgegenzukommen, unter der Bedingung, daß der Reichsaussenminister Stöckmann sich verpflichtet, im Rheinland die geföhrliche Propaganda gewisser jöganerter patriotischer Vereinigungen einzustellen. Der Quai d'Oran bemühe sich femer, die Veränderung von der Reichsregierung zu erhalten, daß die Leute im Rheinland, die mit den allierten Truppen sympathisieren, nicht Repressalien ausgeföhrt werden.